



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Z/XI/113 - 17.5.1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die deutsche Bauernschaft lebt wieder	S. 1
Geteilte Länder bedrohen den Frieden	S. 3
Sorin zeigt Dokumentarfilme	S. 5
Zu einem Vortrag Prof. Eschenburgs	S. 6
Das Gelöbnis von Mauthausen	S. 7
Antwort Friedrich Stampfers an "Neues Deutschland"	S. 8

---

## In: Interesse der bäuerlichen Familienwirtschaften

E.F. Die deutsche Bauernschaft, eine Fusion des Pächter- und Siedlerbundes unter Leitung von Dr. Martin Schmidt-Gellersen, und des Schleswig-Holsteinischen Bauernvereins unter Vorsitz von Bauer Hermann Meyn aus Harksheide, sowie mehrerer anderer Regionalgruppen, konstituierte sich am 15. Mai 1956 in Bonn. In ihr finden sich diejenigen Betriebe der deutschen Landwirtschaft zusammen, die lange auf eine paritätische Vertretung ihrer Interessen im allgewaltigen Deutschen Bauernverband vergeblich gewartet haben. Auch der Grüne Plan brachte den familienbäuerlichen Betrieben nicht die volle Erfüllung ihrer Erwartungen, denn bekanntlich enthält er ausser den Beihilfen zum Bau von Grünfuttersilos kaum Massnahmen, deren Schwergewicht in diesen Betriebsgrössen wirksam wird.

Die neugegründete Bauernschaft vollzog ihren Start unter dem deutlich erkennbaren Bemühen, das vor allem in dem Referat ihres Präsidenten Dr. Schmidt sichtbar wurde, Klarheit in diese unendlich verworrene Agrarpolitik in der Bundesrepublik zu bringen und zu ihren Kernfragen durchzudringen. Immer mehr reift die Erkenntnis, dass die Bodenpolitik nicht nur die Grundlage einer gesunden Landwirtschaft, sondern darüber hinaus innerhalb der drei Wirtschaftsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital den heute wesentlichen Elementarfaktor in unserer gesamter Volkswirtschaft darstellt. Ein Regulieren mit Krediten, Investitionen,

17.5.1956

Zöllen und dgl., so notwendig es im Augenblick auch immer sein mag, bleibt ein Kurieren am Symptomen. Zins- Grund- und Bodenwucher werden von unten her die Grundlagen unserer Wirtschaft stets von neuem angreifen. Diese Gefahr wird durch die zu erwartenden Landanforderungen der Bundeswehr noch verstärkt.

Dem neuen Verband wird also die Bodenpolitik eines seiner Hauptanliegen sein. Ihr Präsident ist jedenfalls seit langem ein Repräsentant einer durchgreifenden Strukturpolitik. Seinen Worten konnte man entnehmen, dass er die Bodenfrage in ihrer Komplexität und nicht in ihren Einzelercheinungen sieht. Man darf sie deshalb nicht nur auf das Land selbst beschränken, sondern sie muss innerhalb einer allumfassenden Raumordnung geregelt werden. Es darf deshalb auch nicht verwundern, dass die Bauernschaft neben einer Betriebsvergrößerung für eine Abstockung, d.h. für eine beschränkte Bodenreform, eintritt. Dies nicht zuletzt im Hinblick auf die zahlreich noch unterzubringenden Flüchtlingsbauern.

In den anderen agrarpolitischen Fragen scheint in der Bauernschaft endlich eine Vereinigung zu entstehen, die nicht eine reine Interessenpolitik nach dem Muster der "Grünen Front" auf ihre Fakten geschrieben hat, sondern eine Politik des "Wir sitzen alle in einem Boot." Nach den Worten ihres Präsidenten soll eine gute Verständigung mit den Verbrauchern, den Verbraucherverbänden und den Konsumentengesellschaften angestrebt werden. In Preiserhöhungen allein sieht er kein Allheilmittel für die Landwirtschaft.

Neben den Bundestagsabgeordneten Dr. S c h m i d t besteht das Führungsgremium aus drei Vizepräsidenten, zu dem so bekannte Leute wie der Bauer Tanzer aus Oldenburg, Herr Ströbele als Vertreter des süddeutschen Raumes und Bauer Hermann K e y n, der sich vor allem als passionierter Züchter weit über seine Heimat hinaus einen guten Ruf erworben hat. Die Bauernschaft verfügt über eine alte Tradition. Sie knüpft an die ehemalige Vereinigung gleichen Namens von vor 1933 wieder an.

Die erste Reaktion des deutschen Bauernverbandes auf die Neugründung - zu dem die neue Organisation in den Grundsatzfragen offenbar konträr steht, - spricht von einem Spaltungsversuch. Sollte er sich als solcher offenbaren, so hat der Bauernverband sich das in wesentlichen selbst zuzuschreiben, weil er es mit der in seiner Satzungen niedergelegten politischen Neutralität nicht immer sehr ernst genommen hat. Auch in diesem Punkt will die Bauernschaft es besser machen. Wir wünschen ihr auf ihrem neuen Lebensweg viel Glück.

\* \* \*

- 3 -

Auch in Asien ist der status quo gefährlich

## Die aktuellen Beispiele Korea und Vietnam

Dr. R. Die Zweiteilung des Landes ist nicht nur eine deutsche Sorge. Auch auf dem Dringlichkeitsprogramm von Korea und Vietnam steht die Wiedervereinigung an der Spitze. In beiden Ländern herrscht nach schweren Bürgerkriegen ein Waffenstillstand, der eine Interimlösung sein sollte und zur Dauereinrichtung zu werden droht. Für Vietnam verpflichteten sich Grossbritannien und die Sowjetunion in Genf, für Wahlen im Sommer 1956 zu sorgen, als erste Stufe zur Wiedervereinigung. In Korea hatte man diesen Gedanken angesichts der vollständig abweichenden Entwicklung in beiden Separatstaaten aufgegeben. Hier hält eine entmilitarisierte Zone und eine Waffenstillstandskommission das kommunistische Lager vom restaurativen Syngman Rhee getrennt.

Im Falle Vietnam trat eine britisch-sowjetische Kommission in London zusammen, die versuchen sollte, die Bestimmungen des Genfer Waffenstillstandes mit den in Aussicht genommenen Wahlen in Gang zu setzen. Das war besonders schwierig, weil die USA das Genfer Ergebnis nicht anerkannt haben. Auch die Saigoner Regierung Diem fühlte sich an die Vereinbarung, Wahlen abzuhalten, nicht gebunden, obwohl sie den ersten Teil der Bedingungen, bestimmte Landesteile zu räumen, eingehalten hatte. Die Begründung Diems ist fadenscheinig: Im kommunistisch beherrschten Landesteil werde es freie Wahlen nicht geben. Doch sind alle Landeskenner davon überzeugt, dass Diem auch echte Wahlen verlieren würde, weil er es nicht verstanden hat, wirtschaftliches und politisches Chaos zu ordnen.

Die britisch-sowjetische Kommission konnte also nicht viel mehr tun, als sich dahin zu einigen, dass der politische und militärische status quo auf unbestimmte Zeit verlängert wird. Im Konzept der Weltmächte macht es sich zur Zeit offenbar besser, die Dinge zu lassen, wie sie sind - und damit auch die Gefahr auf sich zu nehmen, dass sich wie ein plötzlicher Windstoss in Indochina ein neuer Kriegsbrand entwickelt. So bleibt alles in der Schwebe und es ist weiterhin Sache des indischen Waffenstillstandsvorsitzenden, zu verhindern, dass die

beiden feindlichen Brüder wieder aneinandergeraten.

#### Einspruch aus Washington

Auch die Koreafrage kam kürzlich einseitig in Bewegung, als Rotchina über London den Vorschlag machte, eine Korea-Konferenz in Stile von Genf einzuberufen, um eine endgültige Friedensregelung herbeizuführen. Diese Initiative war an die "Alliierten im Koreakrieg" gerichtet, die 16 Staaten, die Südkorea gegen die Aggression aus dem Norden beigestanden hatten. Gleichzeitig verlangen die USA die Beschränkung der Waffenstillstandskommission auf die entmilitarisierte Zone, weil die polnischen und tschechischen Waffenstillstandsmitglieder ihre Tätigkeit ausschliesslich als Spionageauftrag auffassen, um nach Norden zu berichten, was im Süden vorgeht. Doch liegt bereits aus Washington, bevor noch die anderen Kriegsteilnehmer Stellung bezogen haben, eine Ablehnung des rotchinesischen Konferenzvorschlags vor. Es herrscht also auch für Korea die Tendenz, die Dinge zu lassen, wie sie sind, mit all den Gefahren, die sich daraus ergeben, dass sich zwei stark gerüstete Heere sprungartig gegenüberstehen, lediglich durch wenige machtlose Mitglieder der Waffenstillstandskommission voneinander getrennt.

Inzwischen haben in Südkorea wieder einmal Wahlen stattgefunden, in einer Neuauflage der von Rhee manipulierten "Demokratie": Gegen ihn waren zwei Gegenkandidaten aufgestellt worden. Kurz vor dem Wahltermin starb der demokratische Kandidat an einer mysteriösen Gehirnblutung. Rhee benutzte die Gelegenheit, den demokratischen Gegner die Aufstellung eines neuen Kandidaten zu verweigern, so dass er völlig sicher sein konnte, wieder zum Präsidenten gewählt zu werden, weil der übriggebliebene dritte Kandidat sowieso keine ernsthaften Aussichten hatte, wenn er auch weit besser abschnitt, als erwartet. In Indochina aber wird nicht gewählt, weil ein prokommunistisches Ergebnis sehr wahrscheinlich ist - so wie es in der SBZ, in Mitteldeutschland, aus dem entgegengesetzten Grunde nicht zu freien Wahlen kommt, weil nämlich das antikommunistische Resultat sicher wäre.

Der status quo hat in Korea und in Vietnam gesiegt. Die Völker bleiben gespalten. Für die verantwortlichen Grossmächte ist es der bequemste Weg - im Augenblick. Auf lange Sicht gesehen, wird dadurch gefährlich der Zündstoff angesammelt.

\*

\*

\*

Gut gemixter Werbe-Cocktail

r. Zu drei "Dokumentarfilmen" hatte die sowjetrussische Botschaft nach Bad Godesberg eingeladen, in erster Linie Angehörige ausländischer Missionen, Vertreter von Parteien und Behörden, Journalisten. Der Saal war kaum halb gefüllt.

Gezeigt wurden zunächst Aufnahmen vom Besuch der westdeutschen Delegation unter der Führung des Kanzlers in Moskau im vergangenen September. Man sah in Bild viel betont freundschaftliches Händeschütteln zwischen den Verhandlungspartnern und hörte Dr. Adenauer u.a. sagen:

"Ich hoffe sehr, dass der erste Kontakt, den wir mit unserer Anwesenheit in Moskau aufnehmen, die Herstellung normaler, guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion einleitet. Es ist meine feste Überzeugung, dass die Völker der Sowjetunion und das deutsche Volk grossen Nutzen aus einer friedlichen Zusammenarbeit ziehen können, und dass die Erhaltung und Festigung von Wohlfahrt und Sicherheit in Europa und in der Welt in hohem Masse von einer Normalisierung unserer Beziehungen abhängt." - An anderer Stelle kündigte Adenauer Verhandlungen einer Sonderdelegation über einen Handelsvertrag an.

Solche Erinnerung vor diesem Kreis in einer Zeit, in der sich der russische Botschafter vergeblich bemüht, auch nur einen kleinen Schritt in seinen Anstrengungen um die vielzitierte Normalisierung der Beziehungen zwischen seinem Lande und der Bundesrepublik voranzukommen, war interessant und aufschlussreich.

Dann folgte ein Farbfilm über ein russisches Atomkraftwerk "zur Herstellung friedlicher Energier" und ihre segensreichen Möglichkeiten. Auch er, wie jeder der drei Streifen, deutsch synchronisiert, für Laien auf diesem schwierigen Gebiet sehr anschaulich und für einen solchen Zuschauerkreis sicher für viele eine wirksame Widerlegung jedes westlichen Überlegenheitsanspruches auf diesem Gebiete.

Schliesslich ein breitangelegter, grossartig fotografiertes Buntfilm über den Besuch von Bulganin und Chruschtschow in Indien, im November vorigen Jahres: Ein Rausch von Farben, jubelnde Menschenmassen von oft Hunderttausenden auf Rieserplätzen und an Strassen. Immer neue Freundschaftsgesten mit vielen sentimental-rührenden, aber sehr publikumswirksamen Szenen, das Ganze sicher für unzählige Betrachter ein sichtbarer Beweis von der Verbundenheit zweier Reiche von insgesamt 600 Millionen, ihrer gemeinsamen "Fortschrittstreben", ihrer jungen Unverbrauchtheit und ihrem Willen, sich, jedes nach eigenem Rezept, die Zukunft zu erobern.

Der aus seinen eigenen, in Moskau abgegebenen Versicherungen -6-

des Bundeskanzlers hergeleitete Vorwurf an Bonn, nicht zu seinem Wort zu stehen;

der bildhaft-sachlich und ziemlich unaufdringlich geführte Nachweis einer grossen eigenen wissenschaftlich-technischen Leistung;

die emphatisch ausgedrückten herzlichen Gefühle eines 400-Millicionen-Volkes gegenüber den beiden ersten Repräsentanten des Sowjetreiches;

das waren die Hauptbestandteile eines politischen Werbe-Cocktails, der von kundiger Hand gemixt war.

\* \* \*

#### Scharfe Kritik an Kanzler-Methoden

sp. Prof. Theodor Eschenburg, Ordinarius an der Hochschule für Politik in München, bekannt für seinen Freimut, wählte die Tribüne der Industrie- und Handelskammer Dortmund zur Verkündung unliebsamer Wahrheiten, tiefer Einsichten und harter Feststellungen. Sie bezogen sich auf das Verhältnis der Staatsgewalt zum Volk, der Parteien zueinander und auf den Machtmissbrauch von Regierungen und Interessentenverbände. Das A und O einer funktionierenden Demokratie in der modernen Gesellschaft sieht Eschenburg in einer gegenseitigen Werbungskontrolle der Parteien und in der Forderung, dass sich der Wettbewerb in allgemein beachteten lauteren Regeln zu vollziehen habe.

Gegen dieses Grundgesetz einer lebendigen Demokratie wird in der Ära Adenauer laufend gesündigt. Als konkretes Beispiel - unter vielen - nannte Eschenburg den 12 1/2 Millionen-Gehheimfonds des Kanzlers, der keinerlei parlamentarischer Kontrolle unterworfen sei "und zweifellos für Werbungszwecke verwendet würde." Das sei unlauterer Wettbewerb, denn die Kosten dieser Werbung würden auch von Steuerzahlern aufgebracht, die mit der Regierung nicht einverstanden seien. Ein besondere eklatanter Fall des Machtmissbrauchs für parteipolitische Zwecke war seinerzeit die Schroth-Scharley-Affäre. Hier habe der Kanzler eine ihm als Regierungschef zugeleitete Information über eine angebliche Zuwendung von Ostzonengeldern an politische Gegner zu Wahlpropagandazwecken verwandt. Die Parteifinanzierung (man denke nur an die Bestechungsgelder der Fördergesellschaft für die Wirtschaft) wie sie gegenwärtig gehandhabt werde, bezeichnete Eschenburg als unlauter und unmoralisch, weil sie "das Prinzip der gleichen Chance und der menschlichen Gerechtigkeit fälschen."

Wird diese mutige, die Schwächen unserer bundesrepublikanischen Demokratie enthüllende Stimme gehört werden - dort, wo es darauf ankommt? Sie ist ein vernichtendes Urteil über die von den Mächtigen in Bonn angewandte politische Praxis der politischen Diffamierung und einseitigen Bevorzugung bestimmter Interessenten, aber auch ein erster Appell an alle Verantwortlichen, einer Entwicklung Einhalt zu tun, die sozusagen auf kaltem Wege die ohnehin nicht starke Substanz unserer jungen Demokratie aushöhlt.

\* \* \*

Die Pflicht der herrschenden Kräfte Europas

Vor dem Mahnmahl des Vernichtungslagers Mauthausen legten kürzlich deutsche und österreichische sozialistische Widerstandskämpfer ein feierliches Gelöbnis ab, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft der Bedrohung des Menschen durch totalitäre Gewalten zu widerstehen.

Wir, die Teilnehmer am Internationalen Treffen der Sozialistischen Widerstandskämpfer vom 28.4. bis 2.5.1956 in Wien, erklären im Gedenken an die unsterblichen Opfer, die den Völkern Europas von Faschismus und Nationalsozialismus auferlegt wurden, mit allen unseren Kräften dafür einzutreten, dass nie wieder der Versuch unternommen wird, dem Aufstieg der arbeitenden Menschen mit Gewalt entgegenzutreten. Wir erinnern die herrschenden Kräfte Europas daran, dass es ihre heilige Pflicht ist, jede Bestrebung in dieser Richtung im Keime zu ersticken. Wir verpflichten uns, dafür zu sorgen, dass dieser Ruf nicht ungehört verkallt und der Friede Europas und der Welt nie wieder gefährdet werde. Wir wollen aber mit derselben Energie uns auch wehren gegen jeden anderen Totalitarismus, dessen Erde ebenso kein anders sein könnte als Elut und Elend für die ganze Welt. Wir wissen, dass der Weg zur Befreiung der Menschheit von Hunger und Angst, von Not und Elend nur der Weg der Demokratie sein kann.

Wir sozialistischen Freiheitskämpfer treten ein für die innere Befriedigung und lehnen jede dauernde Spaltung unserer Völker in Herrschende und Beherrschte ab. Wer böse Schuld auf sich geladen hat, soll die Folgen seiner Taten tragen, aber jeder, der guten Willens ist, mit uns am Neubau der von Faschismus und Nationalsozialismus zerstörten Welt zu arbeiten, soll uns in Zukunft als Mitarbeiter willkommen sein. Wir stellen aber fest, dass eine dauernde Befriedigung unmöglich ist ohne die Wiedergutmachung alles dessen, was in jener unseligen Zeit angerichtet wurde. Wir fordern daher die Regierungen und die Parlamente aller in Betracht kommenden Länder, insbesondere aber die der deutschen Bundesrepublik und der Republik Österreich auf, dafür Sorge zu tragen, dass endlich alles geschehene Unrecht wiedergutgemacht wird. Die Opfer des Faschismus und Nationalsozialismus in der Bundesrepublik und in Österreich sind von demselben unmenschlichen System in derselben unmenschlichen Weise verfolgt, gequält und gemartert worden, und es muss daher dafür gesorgt werden, dass ihnen auch dieselbe Wiedergutmachung

zuteil wird.

Wir verlangen, dass diesem Prinzip Rechnung getragen wird. Wir selbst aber werden in allen diesen Fragen in engstem Einvernehmen vorgehen und die dazu erforderliche dauernde Zusammenarbeit auf internationaler Basis weiter ausbauen.

\* \* \*

Nicht lügen - seltener Ausnahmefall

Das Zentralorgan der SED, "Neues Deutschland", versuchte neulich, "den jetzt hochbetagten ehemaligen Chefredakteur des 'Vorwärts', Friedrich Stampfer", als Kronzeugen für sich in Anspruch zu nehmen indem es schrieb:

Im Übrigen hat ... Friedrich Stampfer in einem Artikel in der "Westfälischen Rundschau" ... die Aufrichtigkeit der von der KPD getroffenen Feststellung bestätigt, dass sie mit friedlichen Mitteln für die Ziele der Arbeiterklasse kämpft.

Dazu bitte ich feststellen zu dürfen, dass die Behauptung, die KPD kämpfe für "Ziele der Arbeiterklasse", ganz das geistige Eigentum des "Neuen Deutschland" ist und in entschiedenem Gegensatz zu meiner Überzeugung steht. Was aber die angebliche "Aufrichtigkeit" der KPD betrifft, so bitte ich, die Stelle meines Artikels, auf die sich das "Neue Deutschland" bezieht, wörtlich zitieren zu dürfen:

Der Bundesminister hält die Versicherung der Kommunisten, dass sie nicht beabsichtigen, den Weg der Gewalt zu beschreiten, für unaufrichtig. Gerade hier aber liegt einer der seltenen Ausnahmefälle vor, in dem die Kommunisten nicht lügen. Auch sie wissen, dass es höchst unvorsichtig wäre, den Weg der Gewalt zu beschreiten, wenn man von je hundert Bundesbürgern achtundneunzig gegen sich hat.

Man sieht: einer jener "seltener Ausnahmefälle" liegt hier nicht vor. Vielmehr sind die Kommunisten zu ihrer alten Gewohnheit zurückgekehrt. Sie versuchen, in die Reiben der Sozialdemokratischen Partei Verwirrung zu tragen, indem sie bekannte Sozialdemokraten mit dem Mittel bewusster Fälschung für sich reklamieren. Meist sind sie so vorsichtig, das nur mit Toten zu tun. Tote können sich nicht wehren. "Hochbetagte" können es noch!

Friedrich Stampfer

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau